



Organ der Linksfaktion des Kampfbundes zur Befreiung der Arbeiterklasse

Nr 3

Mai - Juni

Rpf 15

Imperialismus, das Selbstbestimmungsrecht und die S. U.

I

Diese drei grundlegenden Fragen, stehen weit im Vordergrund, bei den Auseinandersetzungen mit den Genossen des K.B. und der P.I. Dies zeigt, dasz in den entscheidenden Fragen des heutigen rev. Kampfes, gegen den wütenden Imperialismus und seiner Lakaien, S.P. und K.P., das rev. Rüstzeug der fortgeschrittenen Arbeiter, die versuchen, sich um den neuen rev. Banner der 4. Internen Ringen zu sammeln, im harten Ringen erst geschmiedet werden muß.

Wir haben in unseren bis heute herausgegebenen Schriften die rev. Theorie gegen die Verballhornung, nicht nur durch die Lakaien des Imper. S.P., K.P. sondern auch gegen die neuesten Entdeckungen des Kampfbundes und der Proletarischen Internationalisten, versucht zu verteidigen. Ohne unsere Festlegungen in irgend einer Weise zu widerlegen, ohne in unsere Argumentation einzugehen, schreiten die Genossen des K.B. und der P.I. weiter auf ihrem, den von jeder rev. Theorie abweichendem Weg.

Jedem einzelnen Genossen werden noch eingehend in Erinnerung sein, die ersten "Festlegungen, Grundvoraussetzungen" der "kombinierten" Kriegstaktik des K.B. Es wird ihm weiters noch in Erinnerung sein, wie der K.B. es verstanden hat, unter rev. Phrasengedresch, diese "Grundvoraussetzungen der "kombinierten" Kriegstaktik in neue "Grundvoraussetzungen" ohne mit einer Wimper zu zucken, umzumodeln. Er bedauert seine Fehlauffassung und triumphiert; " trotz schwerer Fehler ist es uns gelungen die rev. Linie wieder zu finden."

Heute hat der K.B. zum zweitenmal entdeckt, daß die Gefahr eines pol. Abgleitens bestanden hat. Er hat, sein Herz für das Selbstbestimmungsrecht der Völker entdeckt, er hat entdeckt, daß das Selbstbestimmungsrecht der Völker für proletarische Revolutionäre eine prinzipielle Frage ist. Hat der K.B. dieses Prinzip auf Grund seiner "kombinierten" Kriegstaktik entdeckt ? Keineswegs ! Er entdeckte dieses Prinzip erst, als er nach langem Suchen um einen Ausweg aus dem Dilema in das er durch das deutsch - rußische Bündnis geraten ist, zu finden, den "Stalinschen Imperialismus" entdeckte.

Den "Stalinschen Imperialismus" einmal entdeckt, triumphiert der K.B. zum zweitenmal: " Gerade das mehr oder weniger Außerachtlassen des Gesichtspunktes, daß im Falle Polens und Finnlands gegen das proletarisch, rev. Prinzip des freien Selbstbestimmungsrechtes der Völker in größter Weise verstoßen wurde, hat zu den politischen Abirrungen unserer Organisation geführt. Dieser Fehler wurde erkannt und damit die Gefahr des Abgleitens in den Opportunismus beseitigt." (A.M. Mai 1940, Seite 3) Dieses Eingeständnis ist von besonderer Bedeutung. 1. Sagt der K.B. damit; daß er erst durch den Fall Polens und Finnlands das Recht der freien Selbstbestimmung der Völker erkannt hat. Das stimmt, denn bei Beginn der Entwicklung seiner "kombinierten" Kriegstaktik wurde den Völkern die von Imperialisten unterdrückt wurden, die mit der S.U. im Bündnis standen, im Interesse der Ver-

teilung der S.U. dieses Recht aberkannt. Jede nationale Regung, Befreiungsversuche dieser Völker, als konterrevolutionäre Aktion, als Bündnis mit Hitler, Mussolini, usw. gezeißelt. 2. Beweist der K.B. seine Unzulänglichkeit an politische Fragen heranzugehen, sowie den Mangel an Mut eine tatsächliche vollkommene Widerrufung seines Fehlpunktes durchzuführen. Auf diese Frage werden wir noch besonders zurückkommen.

Hat der K.B. einmal den "Stalinschen Imp." entdeckt, so gefällt ihm dieses Argument so sehr, daß er es einigemal wiederholt. Wie überhaupt seine neu entdeckte "revolutionäre Linie" ihm so begeistert, daß er kategorisch erklärt: "Wer nicht eindeutig und klar die Vergewaltigung des polnischen und finnischen Volkes in dem Recht auf Selbstbestimmung durch den von der Stalinbürokratie vergewaltigten Sowjetstaat durch die rote Armee feststellt und bis zur letzten Konsequenz dagegen ankämpft, der hat in der Tat den Boden der Weltrevolution verlassen und stellt sich damit aktiv auf die Ebene des Stalinschen Imperialismus." (A.M. Mai 1940, S.3) Warum dies kraftvollen Ergüsse gegen jeden, der die "bis zur letzten Konsequenz notwendigen Maßnahmen kampfbundischer Natur gegen den Stalinschen Imperialismus" nicht anerkennt? Fühlen sich die Genossen des K.B. wirklich über alle Fragen so erhaben, daß wenn sie endlich nach langem Hin- und Herpendeln einen Standpunkt einnehmen, definitive, kategorische Erklärungen im Sinne ihrer gewohnten Art machen? Waren all die Genossen die den Plunder der "Kampfbundischen Kriegstaktik" die jeder rev. theoretischen Grundlage entbehrt, ablehnten "Verbündete Hitlers, Mussolinis, usw." so werden mit demselben letzten politischen Argument dieser "Revolutionäre" die Genossen die den neuentdeckten politischen Plunder der K.B. ablehnen, "als Stalinsche Imperialisten" verurteilt.

In diesen neuartigen Festlegungen des K.B. finden wir kein einziges richtiges Argument, daß man als theoretisch, präzise Festlegung einer rev. Gruppe ansprechen könnte. Dafür wimmelt es von Behauptungen, die in keiner Weise bewiesen werden, wie "Stalinscher Imperialismus" „der Kampf gegen jedwede Annexion (auch gegen die Stalinschen Annexionen) kann nur mehr auf der Ebene der internationalen prol. Rev. erfolgreich erkämpft werden." usw. usw. Genau so wenig verrät uns der K.B., ob er in derselben Weise -- sagen wir französische oder deutsche Imp. Annexionen ankämpft, wie gegen die "Stalinschen Annexionen" indem er die Arbeiter im Sinne seiner "Kriegstaktik" der annektierten Länder aufzuffucht, mit der Waffe gegen den Annexionisten zu kämpfen.

Es sei diesen Festlegungen des K.B. noch eine besondere Manier kampfbundischen Handelns hinzuzufügen bevor wir in seine gesamte Argumentation eingehen. Genau so wie bei seiner "kombinierten Kriegstaktik" bedient er sich, unter Revolutionären ansonst auf keinen Fall gebräuchlichen Mitteln. Wie erinnerlich bediente sich der Kampfbund in seiner Broschüre "Kriegstaktik zum zweiten Imp. Krieg" um seine Konfusion seinen Mitgliedern plausibel zu machen, der 4. I. indem er erklärt: "nicht davor geht es, diese taktische Frage neu aufzurollen. Sie ist für die prol. Rev. geklärt durch die Thesen von 1934: "Die 4. I. und der Krieg" (Broschüre Seite 1) Obwohl der K.B. keine einzige dieser Thesen in seine Kriegstaktik aufgenommen hat, obwohl er ganz genau weiß, daß sich diese Thesen, mögen sie auch ihre Mängel haben, in keiner Weise immer gearteten Weise in keinem einzigen Punkt mit der "Kombinierten Kriegstaktik" des K.B. in Einklang zu bringen sind, beruft er sich auf sie genau dasselbe wiederholt er in seiner jetzigen Entdeckungen. Diesbezüglich stellt die A.M. fest: "Heute ist unsere Organisation auf Grund neuerlicher Überprüfung der Lage und des fehlerhaften Standpunktes, sowie Prüfung der Gesichtspunkte und Meinungen der internationalen Freunde, der 4. Internationale zu folgenden Stellungen in den gesamten Fragen gekommen." (A.M. Mai 1940, Seite 2, Unterstreichungen vom Verfasser)

Hier tritt doch entscheidend die Frage auf, können die für die K.B.-Politik verantwortlichen Genossen ihre Politik nur mehr dadurch decken, daß sie die 4. I. immer und wieder für ihre unmarxistischen Festlegungen mißbrauchen? Sehen die verantwortlichen Genossen des K.B. ihr einziges Heil um ihre Politik zu rechtfertigen, nur mehr darin, die 4. Internationale durch ihr fortwährendes Berufen auf dieselbe zu kompromittieren? Wenn Ihre Politik mit der 4. Internationale übereinstimmt, warum zitieren, veröffentlichen sie nicht die Thesen oder sonstige Festlegungen der 4. Internationale? Das Berufen auf irgendwelche Stelle kompetenter Natur, ohne dies beweisen zu können zeigt von einer ganz besonderen Absicht die für Revolutionäre verwerflich wie schändlich ist. Oder wollen uns diese Genossen wirklich glaubhaft machen, daß die 4. Internationale

irdem Maße abgerückt wäre wie der K.B. ? Wir sind auf Grund der uns zur Verfügung stehenden Literatur der 4. Internationale überzeugt, daß, abgesehen einiger weniger Elemente gleich des K.B., keinen dieser Revolutionären einfallen würde, jene lächerliche politische Stellung eines K.B. einzunehmen, die jeden halbwegs politisch reifen Arbeiter sofort in die Argen springen müßte.

Aber nicht nur der K.B. gefällt sich in nutzlosen Behauptungen oder sonstigen kraftvollen Ergüssen, sondern seit neuesten dürften auch die Proletarischen Internationalisten ihre Zuflucht von politisch präzisen Argument in wüsten Anrempelungen ihrer Gegner suchen. In ihrer letzten Nummer "Vorposten" Mai 1940 finden wir eine Reihe solcher "politischer Argumente". Sie sind über unsere Feststellung ihrer sonderbaren Auffassungen über den Imperialismus und der Stalinbürokratie sowie der S.U. aus dem Häuschen geraten und setzen unsere Argumenten einstweilen gegenüber: "Die linken Genossen" -- "höchst kindisch" -- "die romantischen Esel mit ihrem ultralinken Stroh" --. Die Krone dieser Argumentation setzt jedoch ein Artikel der "Internationalisten" auf den die Redaktion des Vorposten begrüßt und als Grundlage der Einigung hinstellt, wo diese Genossen nicht von der infamen Verleumdung nicht zurückschrecken, daß die Linksfraktion des Kampfbundes auf derselben Ebene wie der K.B. in der polnischen, finnischen Frage sowie der S.U. steht.

Die P.I. - Genossen haben noch den traurigen Mut, diese Behauptung auf die wir noch später zurückkommen, die nicht nur infam, sondern auch politisch ganz und voll verworren ist, zu decken. Warum haben die P.I. bis heute den Mut nicht aufgebracht, seit der Besetzung Polens, Baltikums usw. zu erklären, daß sich gerade dies immer mehr realisiere, was der Streitpunkt und zugleich die Ursache unserer grundsätzlichen Differenzen, sowie der selbstständigen Organisationsklärung der P.I. war und ist ? Warum polemisieren die P.I. gegen den K.B. im Bezug des Imperialismus und stehen selbst wie wir das in unserer letzten Nummer bewiesen haben, grundsätzlich auf denselben Auffassungen über den Imperialismus wie der K.B. ? Oder glauben die P.I. - Genossen, daß man politische Abirrungen, Verworrenheiten, besser mit plattigem, wulstigem Geschimpf widerlegt, oder daß man diese Abirrungen, Verworrenheiten die richtige rev. Theorie, die richtigen rev. Grundsätze entgegenstellt ?

Jedoch die politische Linie der P.I. nähert sich, trotz des Versuches das Gegenteil zu beweisen, trotzdem dies so manchem fundierten Arbeiter nicht aufscheinen mag, der politischen Grundlinie des K.B. Wir haben dies nicht in negativer Form sondern weitgehendst positiv in unserm Artikel "Eine notwendige Klarstellung oder eine notwendige Verschleierung" festgelegt. In der Frage des Imperialismus, des Selbstbestimmungsrechtes der Völker und S. U. wird dies noch augenscheinlicher zu Tage treten.

Was aber gegen Genossen des K.B. und der P. I. tun, die fortwährend den Marxismus - Leninismus desavouieren ? Mit ihren Mitteln der Infamie und Verleumdung, ihre Fehler zu beweisen ? Keineswegs. Wir bedienen uns eines besseren Mittels: der rev. Theorie, des rev. Marxismus - Leninismus.

II

Die P.I. mokieren sich über die neueste K.B. - Entdeckung, des "Stalinschen Imperialismus". Mit Recht; denn es ist sicherlich lustig, wenn eine Gruppe von "Fortgeschrittenen" Arbeitern, die über eine so und so lange politische Tätigkeit zurückblicken, eine so und solange politische Erfahrung besitzen, daher den Wesenskern des Imperialismus kennen sollten, einfach ohne über den Sinn dieses Terminologs Imperialismus nachzudenken, von "Stalinschen Imperialismus" reden. Jedoch die P.I. haben auch ihre Märrotten im Bezug des Terminologs Imperialismus. Allzu frisch ist uns noch in Erinnerung, ihre sonderbare Festlegung: "Wir müssen unterscheiden zwischen großen und kleinen Räubern usw. usf."

Wenn der K.B. den "Stalinschen Imperialismus" entdeckt, so zeigt dies entweder von Unkenntnis, Unwissenheit über die Grundfrage des Imperialismus, oder es gipfelt in frivoler Leichtfertigkeit wissenschaftliche Begriffe zu behandeln. Dies gilt im Großen und ganzen auch für die P.I. Wenn die P.I. auf dem Standpunkt stehen, daß wir "unterscheiden müssen zwischen großen und kleinen Räubern" dann behandeln sie die Frage des Imperialismus in derselben Weise wie der K.B. Uns wundert es daher keineswegs, wenn Genosse X von der P.I. sich über unser Argument; "Für tatsächliche Marxisten gibt es keinen Unterschied zwischen Räubern, ob groß oder klein, sie sind in ihren Wirken, Absichten und Handlungen gleich. versucht lustig zu machen.

Die entscheidende Grundfrage lautet: Ist der Imperialismus eine ökonomische oder politische Erscheinung? Der K.B. wirft diese Frage gleich Kautsky auf und zwar als politische Frage. Kautsky behauptete während des 1. Imp. Krieg im Streite mit den Linken - "daß der Imp. nur ein System der Außenpolitik ist" - nämlich durch den Drang nach Annexionen. Es wird jedermann klar sein, daß die Festlegung des K.B. ein Musterbeispiel kautskischer Natur ist. Warum bezeichnet der K.B. die rein politischen, außenpolitischen Handlungen, der durch die Stalinbürokratie vergewaltigter S.U., als "Stalinschen Imperialismus"? Er betrachtet den Imperialismus nach Kautsky, als ein "System der Außenpolitik", und nicht als eine bestimmte ökonomische Entwicklungsstufe des Kapitalismus. Oder will der K.P. mit seinen "Stalinschen Imperialismus" sagen, die Produktionsverhältnisse, die Eigentumsverhältnisse usw., hätten sich in der S.U. geändert, nämlich zum Imperialismus? Haben der K.B. sowie die P.I. durch ihre sonderbaren Auffassungen über den Imperialismus, den rev. theoretischen Boden verlassen, so obliegt uns die Verpflichtung in die Frage des Imperialismus näher einzugehen.

In der rev. theoretischen Literatur über den Imperialismus wurde eingehenst, weitgehenst das Wesen des Imperialismus festgelegt. Der Imp. ist keine politische Erscheinung, sondern eine bestimmte ökonomische Entwicklungsstufe des Kapitalismus. Bis heute ist es noch keinem einzigen "sogenannten Marxist" eingefallen, z.B. den Kapitalismus entweder als eine politische Erscheinung festzustellen, oder von diesem Gesichtspunkt aus zu kritisieren. Genau so wenig es ernsthafte Kritiker des Kapitalismus gibt, denen es bis heute gelungen wäre, in ihrer Kritik desselben einen Unterschied zwischen Kapitalismus und Kapitalismus festzustellen. Gelingen ist dies bis heute, nur, : - nur ! - "Marxisten" von Kautsky - Schlag, oder es mag auch der P.I. sowie dem K.P. gelingen. Dies jedoch nicht auf prol. rev., sondern nur auf der reformistischen Linie einer S.P., K.P.

In Lenins Broschüre; "Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus" eines der grundlegendsten Werke dieser Frage, stellt er im Kapitel 10 - "Die historische Stellung des Imperialismus" - fest: "Erstens: Das Monopol ist aus der Konzentration der Produktion auf einer sehr hohen Entwicklungsstufe entstanden. Das sind die monopolistischen Verbände der Kapitalisten: Die Kartelle, Syndikate und Trusts. Wir sahen, welche gewaltige Rolle sie im heutigen Wirtschaftsleben spielen. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts gewannen sie in den fortgeschrittenen Ländern das völlige Übergewicht, und wenn die ersten Schritte auf dem Wege der Kartellierung zuerst von Ländern mit hohen Schutzöllen (Deutschland, Amerika) getan wurden, so hatte England mit seinem Freihandelssystem nur um ein wenig später dieselben grundlegenden Tatsachen aufzuweisen: Die Entstehung der Monopole aus der Konzentration der Produktion.

Zweitens: Die Monopole haben in verstärkter Masse zu einer Aneignung der wichtigsten Rohstoffquellen geführt, besonders in der ausschlaggebenden - und am meisten kartellierten - Industrie der kapitalistischen Gesellschaft: der Kohlen- und Eisenindustrie. Die monopolistische Beherrschung der wichtigsten Rohstoffquellen hat die Macht des Groszkapitals ungeheuer gesteigert und im Gegensatz zwischen der kartellierten und nicht kartellierten Industrie verschärft.

Drittens: Das Monopol ist aus der Banken emporgewachsen. Diese haben sich aus bescheidenen Vermittlungsunternehmungen zu Monopolisten des Finanzkapitals gewandelt, drei oder fünf Großbanken der erstbesten Kap. am meisten entwickelten Nation haben zwischen Industrie- und Bankkapital eine "Personalunion" hergestellt und in ihrer Hand die Verfügungsgewalt über Milliarden und aber Milliarden, die den größten Teil der Kapitalien und der Goldinkünfte eines ganzen Landes ausmachen, konzentriert. Die Finanz-Oligarchie, die ein dichtes Netz von Abhängigkeitsbeziehungen über alle ökonomischen und politischen Institutionen der modernen bürgerlichen Gesellschaft ohne Ausnahme spannt, ist die krasseste Erscheinungsform dieses Monopols.

Viertens: Das Monopol ist aus der Kolonialpolitik entstanden. Zu den zahlreichen "alten" Motiven der Kolonialpolitik fügt das Finanzkapital noch hinzu den Kampf um Rohstoffquellen, um Kapitalausfuhr, um "Einflussphären" - d.h. um Sphären für gewinnbringende Geschäfte, Konzessionen, Monopolprofite usw. - und schließlich um das Wirtschaftsgebiet überhaupt. Als z.B. die europäischen Mächte mit ihren Kolonien erst nur den zehnten Teil von Afrika besetzt hatten, wie es noch 1876 der Fall war, da konnte sich die Kolonialpolitik auf nicht monopolistischer Weise entfalten, in Form einer sozusagen "freibeuterischen" Inbesitznahme des Landes.

7
über neun Zehntel Afrikas bereits besetzt waren (gegen 1900), als die ganze Welt verteilt war, da begann unvermittelt die Ara des monopolistischen Kolonialbesitzes und folglich auch eines besonders verschärften Kampfes um die Teilung und Unterteilung der Welt".

Die Zusammenfassung dieser Kritik der "Historischen Stellung des Imperialismus" läßt sich in diesem Sinne durchführen. Der Imperialismus ist die höchste Entwicklungsstufe des Kapitalismus, und zwar eine Stufe auf der die Produktion so sehr Groß- und Größtproduktion geworden ist, daß die freie Konkurrenz vom Monopol abgelöst wird. "Das ist das ökonomische Wesen des Imperialismus. Das ökonomische Monopol ist die Hauptsache." (Lenin).

In dieser Analyse des Wesens des Imperialismus liegt die Sinnwidrigkeit der K.B.- Auffassung des "Stalinischen Imperialismus", sowie derer der P.I. "Wir müssen unterscheiden zwischen großen und kleinen Räubern." Wenn wir die Tendenz der Stalinbürokratie noch so einer strengen Analyse unterziehen wollten, die der K.B. als "Stalinischen Imperialismus" bezeichnet, wir würden keineswegs nur annähernd, in keinen einzigen Punkt, zu den obigen Resultat der Kritik des Imperialismus gelangen. Analoge Tendenzen des Imperialismus und der Stalinbürokratie in politischer Richtung zusammenzuwerfen und auf einen gleichen Nenner versuchen zu bringen und zwar "Imperialismus" zeigt von Unverständnis, nicht nur ökonomischer sondern auch politische Fragen zu behandeln.

Bei den Genossen der P.I. ist ihre Argumentation im Bezug des Imperialismus nicht so durchsichtig wie beim K.B. Bezieht sich ihr Argument "Wir müssen unterscheiden zwischen großen und kleinen Räubern" usw. auf die ökonomische Grundlage des Imperialismus oder auf seine politischen Auswirkungen? Betrachten wir das Argument, so zeigt sich, durch den Hinweis "Große und kleine Räubern" die ökonomische Grundlage im Bezug der Konzentration der Monopole.

Der Imperialismus ist durch seine nationalen Möglichkeiten, - wie überhaupt seine Entwicklung durch das Gesetz der Ungleichheit - keine einheitliche Erscheinung. Das tritt in der gesamten Literatur über den Imperialismus sowie auch den obigen zitierten zutage. Jedoch wird es keinen einzigen Kritiker des Imperialismus geben, der zu bestreiten versucht, daß überall in jedem Lande wo der Imperialismus sich entwickelt, oder zutage tritt, er sich durch die Konzentration, den Monopolen, der Herrschaft des Finanzkapitals ausdrückt. Es wird keinen ernsthaften Revolutionär geben, der versuchen würde diese Eigenarten des Imperialismus in Belgien, Holland, Norwegen, Schweiz abzustoßen, zu leugnen. Es wird keinen ernsthaften Revolutionär geben, der den Mut hätte zu bestreiten, daß diese Imperialisten kraft ihrer gigantischen Monopole, Finanzkapitals, an der Ausplünderung der Welt Anteil nehmen. Der Imperialismus Belgien, Holland, Schweiz vollzogen und vollziehen kraft ihrer Monopole, Finanzkapitals die wirtschaftlichen "Annexionen" genau so wie der Imp. England, Frankreich, Deutschland. Oder sollte es wirklich jemanden geben, der versucht zu beschreiten, daß das Finanzkapital Belgien, Holland, Schweiz und Norwegens usw. selbst in so imperialistischen Staaten wie Deutschland, Frankreich, England tätig wäre? Wir glauben kaum, daß selbst die P.I. dies bestreiten. Wir glauben kaum, daß die P.I. den Fehler begehen werden, die Imperialisten zu unterscheiden in große und kleine Räuber auf Grund des staatlichen Größenverhältnisses. Denn das würde bedeuten die Frage des Imperialismus auf eine politische zu reduzieren.

III

Der Kampf des Imperialismus um seine wirtschaftliche Vormachtstellung, den Weltmarkt, Rohstoffquellen, Einflußsphären, usw. treten immer größere Schwierigkeiten entgegen, je mehr Imperialisten auf den Plan unterscheiden. Dennoch ergibt sich die Möglichkeit für die Imperialisten ihren Konkurrenzkampf, kraft des wirtschaftlichen Übergewichtes weiterhin ökonomisch zu führen. Dies geht vor sich, durch den Ankauf von Unternehmen, Betrieben, Banken und Rohstoffquellen. "Das große Finanzkapital eines Landes ist stets in der Lage, seinen Konkurrenten auch in einem fremden, politisch unabhängigen Staate aufzukaufen und tut dies auch immer. Ökonomisch ist dies durchaus zu verwirklichen. Die ökonomische "Annexion" ist durchaus "verwirklichbar" ohne die politische und sie kommt auch ständig vor." (Lenin)

Wir werden die politischen Reaktionen der Imperialisten auf diese ökonomischen Vorgänge in einem anderen

heutige Epoche des Imperialismus zeigen sich seine politischen Reaktionen auf das fürchterlichste für die Menschheit. Diese ungeheueren politischen Reaktionen des Imperialismus entspringen ausschließlich immer und mehr seiner ökonomischen Konzentration, sowie der erhöhten Schwierigkeit seine in immer größerer Zahl auftretenden Konkurrenten wirtschaftlich zu schlagen.

So hat der Imperialismus überall wo er zutage tritt, die Tendenz die Demokratie zu durchbrechen, und an ihrer Stelle die politische Reaktion zu setzen. (Bonopartismus, Militärdiktatur, Faschismus) "Der freien Konkurrenz entspricht die Demokratie. Dem Monopol entspricht die politische Reaktion, es strebt nach Herrschaft und nicht nach Freiheit." (Lenin)

So entspricht das Streben des Imperialismus nach uneingeschränkter politischer Herrschaft aus seiner ökonomischen Grundlage. Dies aus zweierlei Gründen: Erstens, die Konzentration aller politischen Macht in den Händen der Monopole um die Sicherung und Entwicklung, Behauptung der Monopole national gegen jede Richtung hin. Zweitens, um die Entwicklung, Sicherung, Behauptung der Monopole nach ausen hin, d.h. mit den letzten Mitteln des Konkurrenzkampfes, der politischen Gewalt, des imperialistischen Krieges gegenüber dem Konkurrenten. Diese Tendenz der Monopole muß zwangsläufig in allen Staaten, wo die Monopole soweit vorgeschritten sind, daß sie wirtschaftlich herrschen, zur Beherrschung des Staates durch die Monopole führen; zum Staatsmonopolismus.

Diesem Streben der Monopole um politische Herrschaft nach innen wie nach außen liegt der marxistische Grundsatz zugrunde, daß sich die Innenpolitik nicht von der Außenpolitik trennen läßt, wie sich die Politik einer Klasse nicht teilen oder trennen läßt. Der Imperialismus hat die Tendenz, die Demokratie nach innen wie nach ausen zu durchbrechen. Drückt sich die Durchbrechung der Demokratie nach innen durch die Militärdiktatur, Faschismus usw. aus, so drückt sie sich nach außen durch das Zertreten des Selbstbestimmungsrechtes der Völker, durch die Annektion aus.

"Die, Außenpolitik ' von der Politik überhaupt zu trennen oder gar die Außenpolitik der Innenpolitik entgegenstellen, ist ein grundfalscher, unmarxistischer, unwissenschaftlicher Gedanke. In der äußeren wie der inneren Politik hat der Imperialismus in gleicher Weise die Tendenz zur Durchbrechung der Demokratie, zur Reaktion. In diesem Sinne ist unbestreitbar, daß der Imperialismus die ' Negation ' der Demokratie überhaupt, der ganzen Demokratie ist, keineswegs aber einer demokratischen Forderung, nämlich der Selbstbestimmung der Nationen. " (Lenin)

Wenn wir jedoch behaupten, daß die politische Macht in den Händen der Monopole ausschließlich ihren Interessen nach innen wie nach außen hin entsprechen muß, und dies ist auch ausschließlich der Fall, so ist und kann ein Krieg dieser Monopole nicht anderes darstellen, als die Fortsetzung der Politik mit anderen, kriegerischen Mitteln. Der Krieg ist die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln. Dies ist ein weiterer fundamentaler Grundsatz revolutionären Denkens. Wie weit dieser Grundsatz bei den Genossen des K.B. und der P.I. Gültigkeit besitzt werden wir nicht nur im Bezug der imperialistischen Kriege, sondern auch bei den Kriegen der S.U. oder sonstigen Kriegen feststellen.

Die Genossen der P.I. die erklären: " Wir müssen unterscheiden zwischen großen und kleinen Räubern usw." sollen dagegen argumentieren, das in Belgien, Holland, Schweiz usw. die Monopole in so ähnlicher Weise, in ähnlichen Formen, die politische Macht konzentrieren, wie in England, Frankreich, Deutschland usw. Sie sollen dagegen argumentieren, daß in diesen Ländern die Monopole die politische Macht an sich gerissen haben, daß dort die Form der politischen Macht, des Staatsmonopolismus besteht. Sie sollen dagegen argumentieren, daß in diesen Ländern, der Krieg die Fortsetzung der Politik mit andern Mitteln ist.

Die Politik dieser Länder war und ist imperialistisch, d.h. sie betreiben Politik im Interessen der Verteidigung des Finanzkapitals, des Raubes und der Unterdrückung von Kolonien und fremder Völker. Die "friedliche" Epoche dieser Länder kennzeichnet sich durch die Politik der Monopole, des Finanzkapitals. Die Fortsetzung dieser Politik mit anderen Mitteln, der Krieg, kann daher nicht anders als der imperialistische Krieg sein.

" Der Krieg ist die Fortsetzung der Politik mit andern Mitteln. War die vorhergegangene Politik imperialistisch so ist der Krieg imperialistisch. Das Wesen des Krieges, jedes Krieges ist von seiner vorhergegan-

nenen, friedlichen Politik' zu untersuchen." (Lenin)

Ja, Genossen des K.B. und der P.I. "das Wesen des Krieges, jedes Krieges ist von seiner vorhergegangenen "friedlichen" Politik" zu untersuchen. Dieses Argument ist für den K.B.-Terminolog "Stalin= über Imperialismus" von besonderer Bedeutung. Im Vierten Punkt des Zitates über die ökonomische Analyse des Imperialismus von Lenin heißt es: "Das Monopol ist aus der Kolonialpolitik entstanden." Weiter unten: "Als z.B. die europäischen Mächte mit ihren Kolonien erst nur den zehnten Teil von Afrika besetzt hatten, ..., da konnte sich die Kolonialpolitik auf nicht monopolistischer Weise entfalten." Noch weiter unten: "... als die ganze Welt verteilt war, da begann unvermeidlich die Ära des monopolistischen Kolonialbesitzes..." Was wird damit von Lenin gesagt? Erstens, dass es Kolonialbesitz schon vor dem Imperialismus, der Herrschaft der Monopole und des Finanzkapitals gab. Zweitens, daß es damit vor dem Imperialismus Annexionen, oder Verletzungen des Selbstbestimmungsrechtes = was dasselbe ist = gab.

Würden die Genossen des K.B. nur einen Augenblick über die Fragen der Annexionen und des Imperialismus, nachdenken ihre Auffassung im Bezug dieser Frage müsste ihnen sofort ins Auge springen, Annexionen sind politische Unterdrückungen, die aus verschiedenen Ursachen entstehen können, Annexionen sind politische Unterdrückungen die dem Imperialismus besonders eigen sind. Jedoch annektierte England einen großen Teil seiner Kolonien nicht aus monopolistischem Interesse des Finanzkapitals, sondern aus Gründen, diese Gebiete im Bereiche ihres Warenaustausches zu bekommen und zu sichern. Napoleon annektierte einer Reihe von europäischen Staaten, ohne das es bis heute irgendjemand eingefallen wäre zu behaupten, Napoleon war ein Vertreter des französischen Monopol- und Finanzkapitals usw, wsf.

Wir haben schon darauf hingewiesen, daß die Ausbeutung eines Landes durch den Imperialismus auf rein ökonomische Weise vor sich gehen kann, ohne der politischen Unterdrückung dieses Landes. Der K.B. wird auf keinen Fall bestreiten können, dass z.B. Amerika, das im Verhältnis die wenigsten fremden Völker unterdrückt, der grösste Ausbeuter ist. (ohne das man das Recht in Anspruch nehmen können Amerika als grösseren Imp., Räuber, von den anderen zu differenzieren, um eine bestimmte "Taktik" davon abzuleiten.) Amerika beutet nicht nur Kraft seiner ökonomischen Stärke, englische, franz, usw. Kolonialvölker sondern auch nach dem ersten imperialistischen Krieg die Imperialismen England, Frankreich usw. durch Kapitalexport aus.

Wir haben schon dargelegt, daß die Monopole nicht nach Freiheit streben, sondern nach Herrschaft und das dies die politische Reaktion, die Zerschlagung der Demokratie im allgemeinen bedeutet. Jedoch es wäre Unsinn davon zu sprechen, dass die Demokratie dem Imperialismus voll und ganz widerspricht, d.h. daß sich der Imperialismus unter der politischen Demokratie nicht entfalten, entwickeln könnte. Die Politik nicht absolut, starres, sie wird festgelegt nach den jeweiligen Bedürfnissen und Bedingungen. So war es auch lächerlich zu sagen, wie z.B. die R.W.L. die die bürgerliche Demokratie ablehnt, das Selbstbestimmungsrecht sei unter dem Kapitalismus unrealisierbar, die Politik des Imperialismus führt dort und dort hin, unter dem Imperialismus ist dies und jenes nicht zu verwirklichen. Natürlich ist unter dem Imperialismus die bürgerliche Demokratie voll und ganz, das Selbstbestimmungsrecht inbegriffen, ohne einer Reihe von revolutionären Kämpfen unrealisierbar, unverwirklichbar. Jedoch, "Nur vom Standpunkt eines karikierten Marxismus kann man g.B. folgende, eigenartige politische Tendenz der imperialistischen Politik übersehen: Einerseits liefert und der gegenwärtige imperialistische Krieg (das trifft auch in dem jetzigen zweiten imp. Krieg zu, der Verfasser) Beispiele dafür, wie es gelingt, kleine politisch unabhängige Staaten in den Kampf zwischen den Grossmächten hineinzuziehen, kraft finanzieller Bindung und wirtschaftlicher Interessen, Andererseits ... ist vom Standpunkt des Finanzkapitals, für die Trusts, für ihre imperialistische Politik, für ihren imp. Krieg, nicht nur, durchführbar' sondern manchmal direkt vorteilhaft kleinen Nationen möglichst weitgehende Freiheiten zu geben, bis zur staatlichen Unabhängigkeit, um nicht, eigene militärische Operationen zu beeinträchtigen." (Lenin)

Dies bewies der imp. Frieden 1918 eingehend, wo eine Reihe von kleinen Nationen, im Interesse der imp. Grossmächte diese "demokratischen Rechte" zuerkannt wurden.

IV

Billigen die Grossmächte aus ihren imp. Interessen einigen kleinen Nationen das "demokratische Recht" bis auf staatliche Unabhängigkeit zu, so nicht ohne auf der andern Seite undemokratisch eine Reihe von nationalen Minderheiten in den neuen staatlichen Grenzen, gegen ihren Willen und Sympathie zu pressen. Es wäre lächerlich zu behaupten, der Imp. könnte irgend ein demokratisches Recht im Sinne der demokratischen Interessen seines eigenen, oder eines anderen Volkes total lösen. Genau so lächerlich wäre es jedoch die Eigenheit des Imperialismus zu vergessen, das er unter bestimmten Umständen, Bedingungen, "bereit sein würde" irgend ein demokratisches Recht nach seiner Art zu "verwirklichen". So sehen wir, dass der Imperialismus obwohl er kleinen Nationen auf Grund seiner Interessen das "demokratische Recht" der staatlichen Selbstständigkeit zu billigt, dieses selbst unter anderen Umständen durchbricht. (z.B.: Deutschland strebte die Selbstständigkeit Polens im ersten imp. Krieg an und "verwirklichte" sie, jetzt durchbrach Deutschland dieses Recht.) Im allgemeinen hat der Imperialismus daher die Tendenz, dass Recht auf eigene staatliche Grenzen der Nationen, - sowie aller demokratischen Rechte - zu durchbrechen.

Wir haben schon dargelegt, dass im Imperialismus die demokratischen Rechte, ohne einer Reihe von Revolutionen undurchführbar sind. Das Selbstbestimmungsrecht ist eine Teil dieser demokratischen Rechte, und daher unter dem Imperialismus genau so wenig realisierbar, oder zu behaupten, wie das allgemeine Stimmrecht, Pressefreiheit, Organisationsfreiheit, ohne den revolutionären Massenkampf, ohne einer Reihe revolutionärer Massenkämpfe gegen den Imperialismus.

Somit erscheint uns das Recht auf Selbstbestimmung; 1. Als prinzipielle Frage, indem der Sozialismus nicht zu verwirklichen ist, ohne der Herstellung der vollkommensten Demokratie, ohne der Gleichheit der Nationen. 2. Als ein strategisches Ziel, Er kämpfung, Verwirklichung der bürgerlichen Demokratie ohne die es keinen Übergang zur sozialistischen Demokratie gibt.

" Der Sozialismus ist unentgeltlich ohne die Demokratie in zweifacher Linie: 1. Das Proletariat kann die sozialistische Revolution nicht durchführen, wenn es sich nicht auf sie im Kampfe für die Demokratie vorbereitet; 2. Der siegreiche Sozialismus kann seinen Sieg nicht behaupten und die Menschheit nicht zum Absterben des Staates bringen ohne die restlose Verwirklichung der Demokratie. Wenn man daher sagt, die Selbstbestimmung ist im Sozialismus überflüssig, so ist das ebenso eine hilflose Konfusion, wie wenn man sagte, die Demokratie ist im Sozialismus überflüssig." (Lenin)

In seiner hilflosen Konfusion kann der K.B. die prinzipielle Frage der Selbstbestimmung nicht anders behandeln, als unter dem Gesichtspunkt seiner "Kriegstaktik". Dies zeigt seine Einstellung zu dieser Frage im Jänner 1938, sowie jetzt genauestens an. Seine Fehler liegen darin: 1. Er betrachtete den Krieg nicht als Fortsetzung der Politik mit andern Mitteln, d.h. wie war die "friedliche Politik" war sie eine Politik der Verteidigung der Interessen des Finanzkapitals, des Raubes, der Unterdrückung, oder eine Politik der Verteidigung tatsächlich nationaler Interessen, oder eine Politik gegen die nationale Unterdrückung? Daher kann er nicht feststellen 2. welche Klasse führt den Krieg, für welche Ziele und Zwecke und 3. stellt er den Kriegsscharakter fest; wo die feindlichen Armeen stehen, wer vorübergehend siegt.

Hier ein Beispiel: " Unser Verhalten in Finnland oder einer ähnlichen Lage kann sich selbstverständlich auch ändern, wenn z.B. die finnische Bourg, ihrerseits Teile des proletarischen Staates zu annektieren versucht, nicht der Absicht nach, denn die besteht immer, sondern in der Tat (?) also auf das Gebiet des prol. Staates voranschreitet(?) dann werden wir in der roten Armee und selbstverständlich auch in der finnischen Armee gegen die Annexion mit allen Mitteln ankämpfen." (A.M., Mal 4C) Seite 6)

Wie hätten die polnischen, finnischen Arbeiter die Annexion nach Ansicht des K.B. verhindern können? Er schreibt: " deshalb hätten die finnischen, polnischen usw. Arbeiter mit allen Mitteln, auch mit den Waffen gegen die Annexion des Stalinischen Imperialismus kämpfen müssen." (A.M. Seite 5) Nach dem K.B. ergab sich daher, daß im Interesse des Selbstbestimmungsrechtes die finnischen usw. Arbeiter mit der Waffe gegen die in Finnland usw. einmarschierende rote Armee zu kämpfen gehabt hätten. die finnischen usw. Arbeiter, in die kapitalistisch-imperialistische Armee hineinzupressen, jedes demokratischen Rechtes beraubt, für die Ziele

und Absichten ihrer Imperialisten mißbraucht, sollten das verwirklichen, was keinesweg im Interesse ihrer Bourg. noch der Stalinbürokratie liegt. Er kann nicht unterscheiden warum die Stalinbürokratie und der Imperialismus annectieren. Er kann nicht feststellen wie sich eine Annexion vollzieht, durch was sich eine Annexion ausdrückt. Der K.B. stellt die Absicht zu annectieren einfach fest indem er feststellt, wo stehen die feindlichen Truppen, stehen sie im Feindesland, dann ändert sich der Charakter des Krieges in dem Lande wo der Feind steht, es wird ein Nationaler - Verteidigungskrieg, eine nationaler Befreiungskrieg. Der Verteidigungskrieg jedoch darf auf keinen Fall über die Grenzen hinausgehen, ansonsten er zu einem imperialistischen Krieg, siehe "Stalin - Imperialismus" wird.

" In der Frage der Annexionen einen andern Standpunkt einzunehmen, heißt nicht ultralinks, sondern ultrarechts abweichen." (A.M.S 6) Wir erlauben uns doch einen andern Standpunkt einzunehmen, trotzdem wir der Gefahr laufen unsere "ultralinke" Position mit einer "ultrarechten" zu verwickeln. Wir wollen sehen, wenn die Stalinbürokratie durch die Ereignisse gezwungen wird, die Auseinandersetzung mit Deutschland - " der Hauptfeind der S.U. " - zu wagen, ob der K.B. den deutschen Arbeitern bei eventuellen raschen Einbruch der roten Armee " im Interesse des Selbstbestimmungsrechtes " empfiehlt, mit der Waffe gegen die rote Armee zu kämpfen. Heute erklärt der K.B. endgültig, " in der Frage der Annexionen einen andern Standpunkt einzunehmen, heißt nicht ultralinks, sondern ultrarechts abweichen." Was wird der K.B. morgen den Arbeitern erklären? Ja wir erlauben uns eine Position in dieser Frage nicht nur gegen den K.B. sondern gegen die P.I. einzunehmen. Obwohl die P.I. bis heute, trotz ihrer nicht minderen Fehler in dieser Frage, das Prinzip der Selbstbestimmung nicht einmal in Worten anerkannt haben.

Wir haben schon erklärt, daß das Durchbrechen des Rechtes auf Selbstbestimmung aus verschiedenen Ursachen entstehen kann. Die Ursache entspringt ausschließlich der historischen Stellung der einzelnen Staaten in der menschlichen Gesellschaft. Vor dem weltumspannenden Imperialismus kamen ebenso Annexionen vor, jedoch keineswegs aus imperialistischen Interessen, sondern teilweise aus militärischen Gründen, wie bei Napoleon, oder Bismark usw. um die "nationale" Einheit zu sichern. Andererseits die Annexionen Englands, Indiens usw. aus dem Interesse des Warenhandels, das wohl eine Erscheinung des entstehenden engl. Imperialismus darstellte, jedoch keineswegs " monopolistisch - imperialistisch " war. Beide Formen dieser Annexionen waren Durchbrechungen des demokratischen Rechtes der Selbstbestimmung, daher reaktionär. Marx stellte im Bezug der militärischen Bedürfnisse von Annexionen fest: " Aber ehrlich gesprochen, ist es nicht überhaupt eine Ungereimtheit und ein Anachronismus, wenn man militärische Rücksichten zu dem Principe erhebt, wonach die nationalen Grenzen bestimmt werden sollen? " Und weist darauf weiter hin, daß eine solche Erhebung immer und wieder zu neuen Kriegen führen muß. Er sagt weiter: " das ist die Lehre aller Geschichte: es ist mit Nationen wie mit Einzelnen. Um ihnen die Möglichkeit des Angriffes zu entziehen, muß man sie aller Verteidigungsmittel berauben. Man muß sie nicht nur an der Kohle fassen, sondern auch töten." Er weist dann ausdrücklich auf Napoleon I hin " durch seine materiellen Garantien " um die Kraft einer Nation zu brechen durch seinen Vertrag von Tilsit. Genau so stellt Engels in seinem Artikel " Po und Rhein " fest, daß es " natürliche " Grenzen von militärischen Gesichtspunkt nicht gibt, geben kann. Es gibt nur eine "natürliche" Grenze, die durch den Willen und Sympathie der Völker festgelegt wird. Diese Grenzen nennt Engels die einzigen natürlichen.

Es ist sonnenklar, daß man solche natürliche Grenzen, nicht verwirklichen kann, ohne dem vollkommenste Eintreten bis zur letzten Konsequenz für das demokratische Recht der Selbstbestimmung. Dieses Eintreten in der Epoche des Imperialismus, der die Tendenz hat dieses Recht besonders zu durchbrechen, ist die grundsätzliche Pflicht eines jeden Revolutionärs. Aber Eintreten für dieses Recht wie der K.B. und die P.I. und damit diese grundlegende Frage zu einer Karikatur zu machen? Nein! Wenn der K.B. den Völkern empfiehlt, um eine Annexion zu verhindern mit der Waffe gegen die Annexionisten zu kämpfen so tun dies die P.I. ebenfalls. Die P.I. empfehlen zum Beispiel dem tschechischen Volk, Arbeiter "kleiner Räuber" oder "nichtimperialistischer Staaten" gegen die Annexionisten zu kämpfen. Dasselbe jedoch den Arbeitern oder Völkern die von der S.U. annectiert, bedroht werden unter dem Gesichtspunkt der prol. Revolution zu empfehlen, daß - Gott Behüt - wäre ein Verbrechen, zu dem nur die "Linken" fähig sind.

Was die Einstellung der P.I. zur Kampfbundauffassung betrifft, der dem finnischen, polnischen Volke empfiehlt mit der Waffe gegen die sta-
linschen Annexionen zu kämpfen, so ist es den Genossen der P.I. bis heu-
te noch nicht eingefallen, daß sie denselben Standpunkt in der C.S.R.
einnahmen, und heute in weiteren Staaten wahrscheinlich Belgien, Holland
usw. einnehmen. Sie vermeinen damit, prinzipieller in der Frage der Anne-
xionen zu seine als der K.B.

Für uns gelten die rev. Grundsätze, die wir mit allen Mitteln
und gegen jedermann hüten und verteidigen. Für uns gilt 1. Der Krieg ist
die Fortsetzung der Politik mit andern Mitteln, 2. Wer führt den Krieg,
für welche Ziele und Zwecke und 3. die Politik wird aus der Epoche der
vorhergegangenen "friedlichen" Politik festgestellt.

Den Krieg der C.S.R., Belgien und Holland usw. führt die Bourg.
für ihre monopolistischen, finanzkapitalistischen Ziele und Zwecke und
er entspringt der vorhergegangenen "friedlichen" Epoche der Monopole,
des Finanzkapitals, der Ausplünderung, Unterdrückung fremder Völker, des
Kampfes um neue "Einflußsphären". Keineswegs ging diesem Krieg eine natio-
nale Entwicklungs- und Befreiungsbewegung voraus. In diesen Staaten den
Arbeitern den Kampf unter der Führung ihrer Bourg. mit der Waffe zu em-
pfehlen hieß die Position der Vaterlandsverteidigung in einem imp. Krieg
zu beziehen.

Der K.B. der den Arbeitern Finnlands, Polen usw., also ebenfalls
Staaten auf imperialistischer Grundlage empfiehlt, in den imperialisti-
schen Armeen gegen den nationalen Krieg der S.U. bewußt zu kämpfen,
bezieht hier ebenfalls die Position der imperialistischen Vaterlandsver-
teidigung. Oder glaubt der K.B. denn ernstlich, daß sich der Kriegs-
charakter ändert, wenn diese oder jene Truppen vorübergehend siegen?
Das wäre eine ausgesprochen spießzerlich Betrachtung. Für den Spieszer
ist es wichtig wo die Truppen stehen, wer augenblicklich siegt. Für
Revolutionäre ist es wichtig um was der gegebene Krieg geführt wird, in-
dem zeitweise das eine oder das andere Herr siegen kann. Nehmen wir an,
Finnland wäre bis nach Moskau vorgestoßen oder die rote Armee bis nach
Helsinki oder noch weiter, hätte dies an dem Kriegscharakter der S.U.
oder Finnlands etwas geändert? Keineswegs! Nicht im Mindesten! Den
Krieg den die S.U. führt ist und bleibt Verteidigungskrieg, nationaler
Krieg, wenn auch geführt mit weitgehenden reaktionären Mitteln, mit
Mitteln, die der prol. revolutionären Bewegung äusserst gefährlich sind.

Teile Polens, Finnlands wurden durch die S.U. annektiert, Unbesteit-
bar. Dies zeigt jedoch nur den reaktionären Kurs der Stalinbürokratie in
der S.U. an, der sich nach außen in der Form der Durchbrechung des Selbst-
bestimmungsrechtes ausdrückt. Die Stalinbürokratie sieht die einzige Mög-
lichkeit zur Verteidigung der S.U. nur mehr in der militärischen Verbes-
serung ihrer Grenzen. Dies führt zu Annexionen fremder Gebiete, dies führt
dazu, einem gerechten Krieg, einem Verteidigungskrieg starke reaktionäre
Tendenzen beizumischen, führt dazu, den Sozialismus noch mehr zu kompromi-
tieren, als dies schon von der Stalinbürokratie geschehen ist. Gegenüber
dem Imperialismus, jedoch nur dem Imperialismus gegenüber, bleibt der
Krieg der Stalinbürokratie schwankend, unkonsequent, bis zu einem großen
Grade versöhnlich, dennoch devensiv gerichtet.

V.

Eine der entscheidendsten Differenzen mit den P.I. ist das Problem
der S.U. Die heutige Konstellation der S. U., ihr wirken nicht nur auf das
eigene Proletariat sondern auf das internationale Proletariat war die
Differenz die die Genossen der P.I. veranlaßte, sich der "Linksfraktion
des Kampfbundes zur Befreiung der Arbeiterklasse" nicht anzuschließen.
Dies ist auch die Ursache, daß uns die P.I. als "die Linken" bezeichnen.

Vor allem sei gesagt, daß einige Genossen unserer Organisation,
noch während der Zugehörigkeit zum K.B. in der Frage der S.U. fehlten.
Doch weder die Genossen des heutigen K.B. noch die Genossen der heutigen
P.I. konnten ihnen den Irrtum korrigieren, weil sie in dieser Frage selbst
irrten, und heute auf diesem Irrtum noch weiter verharren. Dies zeigt die
Stellungnahme des K.B. und der P.I. zur S.U. in der zu behandelnden Frage
deutlich an.

Wir haben in unseren beiden Broschüren, "Zweierlei Taktiken im
imperialistischen Krieg zur Verteidigung der S.U." und "Wohin treibt die
Stalinbürokratie die S.U.?" unsere Stellung zur S.U. festgelegt. In unserer
zweiten Broschüre wiesen wir darauf hin, wie weit die Stalinbürokratie
die S.U. für ihre kleinbürgerlichen, parasitären Interessen mißbraucht und
somit die S.U. immer mehr und mehr zum konterrevolutionären Werkzeug ge-

staltet, und somit vor dem internationalen Proletariat ungeheuer kompromittiert. Es sei darauf noch hingewiesen, daß wir unter der S.U. die organisierte politische Herrschaft des russischen Proletariats verstehen, und unter der Stalinbürokratie, die regierende, die führende, sich dieser Organisation bemächtigende Oberschichte, die verkleinbürgerlichte Arbeiteraristokratie - bürokratie.

Es wäre sinnlos und lächerlich diese beiden Begriffe zusammenzuwerfen. Die P.I. argumentieren gegen etwas unbekanntes, wenn sie nicht direkt erklären wem ihr Argument " - wer aber die Stalinbürokratie und proletarischen Staat zusammenwirft, läßt den schwer bedrohten Arbeiterstaat, dessen Schicksal sich in den kommenden Jahren entscheidet, wirklich im Stich - " zugebracht ist. Nehmen wir jedoch an, sie meinen uns.

Die P.I. können die heutigen Zustände innerhalb der S.U. doch nicht ganz verschweigen und sprechen nicht nur " vom entarteten, sondern vom schwerentarteten, aufs höchste gefährdeten Arbeiterstaat." (Vorbote, Oktober 1939) Und diese schwere Entartung des Arbeiterstaates wird durch die Stalinbürokratie bewerkstelligt. Aber mit keinem Wort wurde von Seiten der P.I. festgelegt, durch welche Veränderungen, die organisierte politische Herrschaft des russischen Proletariats, die Entartung sich charakterisiert. Die revolutionäre politische Herrschaft einer Arbeiterklasse drückt sich aus durch ihre demokratischen Organe, der Räte, Gewerkschaften, Miliz und Partei. Durch die jederzeitige Wähl- und Absatzbarkeit seiner Beamten. Und diese revolutionäre politische Herrschaft auf der demokratischsten Grundlage aller politischen Herrschaften erhebt sich auf der ökonomischen Grundlage der sozialisierten Eigentumsverhältnisse der großen entscheidenden Produktionsmittel.

Bis heute ist es keinem noch gelungen - trotz der Einrisse des Privateigentums auch auf diesem Gebiet - zu beweisen, daß sich die ökonomische Grundlage des proletarischen Staates grundlegend geändert hätte. Jedoch ist es gelungen zu beweisen, daß sich der politische Überbau grundlegend geändert hat. " Die sozialistische Gesellschaft wird leben ohne Partei, wie auch ohne Macht. In den Verhältnissen der Übergangsepoche aber spielt der politische Überbau die entscheidendste Rolle. Eine entfaltete und feststehende Diktatur des Proletariats setzt voraus die führende Rolle der Partei als selbständige Vorhut, die Zusammenfassung des Proletariats mit dem System der Gewerkschaftsverbände, die untrennbare Bindung der Werktätigen an den Staat durch das System der Sowjets, endlich die Kampfeinheit des Arbeiterstaates mit dem Weltproletariat durch die Internationale. Indes, die Bürokratie hat Partei, Gewerkschaften, Sowjets und Komintern erstickt." (L.T. Die 4.I. und die S.U., Unterstreichungen vom Verfasser)

Die grundlegende Veränderung des politischen Überbaus der S.U. drückt sich durch die Zerschlagung der Demokratie, der revolutionären Organe des russischen Proletariats aus. An Stelle der vollkommensten Demokratie, trat die uneingeschränkte Herrschaft der Stalinbürokratie. und dennoch ist die S.U. trotz der Herrschaft der Stalinbürokratie, proletarischer Staat. Die S.U. ist nicht deswegen noch proletarischer Staat, weil man ihr eine Fetischcharakter verleiht und sie als solchen anbetet, wie die P.I. Sondern der proletarische Charakter der S.U. besteht darin 1.) durch das sozialisierte Eigentum (trotz der gigantischen Einrisse des Privateigentums) 2.) Durch die politische Gewalt, Herrschaft der Stalinbürokratie deren soziale Wurzel die Arbeiterklasse ist. Die Diktatur des Proletariats in Rußland drückt sich daher aus in der Diktatur der Stalinbürokratie.

Die Zerschlagung der politischen, sowie staatlichen demokratischen Organe des russischen Proletariats durch die Stalinbürokratie war die Voraussetzung der uneingeschränkten Herrschaft dieser. Durch diesen Akt wurden die staatlichen und politischen Organe, einst Mittel des rev. Proletariats zur Wahrung, Verteidigung und Verwirklichung der gesamten Klasseninteressen, zum Mittel der Wahrung und Verteidigung der stalinbürokratischen Interessen, der privilegierten Oberschichte, der Arbeiteraristokratie - Bürokratie. Die politischen sowie staatlichen Organe wurden somit das Werkzeug, das Instrument zur Machtbehauptung der Stalinbürokratie und können daher nicht im Interesse des gesamten Proletariats wirken. Um den politischen sowie staatlichen Organen ihren revolutionären Charakter wieder zu geben, sie zum Instrument der gesamten Arbeiterklasse zu gestalten, wäre es notwendig, sie der Stalinbürokratie zu entwinden, und damit die politische Herrschaft der Stalinbürokratie zu brechen. Die politische Umkämpfung ist die einzige Möglichkeit die staatlichen Organe der Stalinbürokratie zu entwinden und die Grundlage der vollkommensten Demokratie, die Grundvoraussetzung einer revolutionär feststehenden prol.

Diktatur wiederherzustellen.

Die staatlichen Organe mit der führenden Schichte zusammenzuwerfen ist Unsinn. Jedoch zu glauben, daß die staatlichen Organe anders handeln für andere Interessen zu verwenden, über den Rahmen ihrer Führung hinaus gehen könnten, ist ebensolcher Unsinn. Überall dort wo es zum Gegensatz, unüberbrückbaren Gegensatz zwischen Führung und Organisation kam, endete dieser entweder mit dem Siege der Führung oder der Organisation. Das ist die Lehre aller solcher Ereignisse. Nie und nimmer konnte sich, besonders ein staatlicher, Dualismus behaupten. Die P.I. stehen genau so wie der K.B. auf der theoretischen Linie des Dualismus.

VI.

Wir sagen Staat und Führung stellen eine Einheit dar, das ist die Marx-Leninistische Lehre über Staat und seine Führung. Wir sagen, daß dort wo es zum unüberbrückbaren Gegensatz zwischen Staat und Führung kommt dies immer enden muß, mit dem Siege des einen oder des andern Teiles. In der S.U. endete dieser Gegensatz zwischen den staatlichen Organen und der Führung, durch die Zerschlagung der demokratischen Organe des russischen Proletariats, mit dem Siege der Stalinbürokratie. Diesen Sieg trug die Stalinbürokratie im Staat analog ihres Sieges im politischen Organ, der Partei, durch die Zerschlagung, der physischen Ausrottung der Opposition davon. Dieser Sieg kann der Stalinbürokratie solange nicht streitig gemacht werden, solange es dem revolutionären Proletariat der S.U. nicht gelingt, eine derartige Macht zu organisieren, die befähigt ist, die Macht der Stalinbürokratie zu brechen.

Konzentriert die Stalinbürokratie alle Macht, die staatliche, wirtschaftliche usw. in ihren Händen, so verwendet sie diese ausschließlich für ihre Interessen, solange ihr diese nicht von der revolutionären Macht des Proletariats oder der Macht der Konterrevolution streitig gemacht wird. Welche sind nun die Interessen der Stalinbürokratie? Die Interessen der Stalinbürokratie sind, die privilegierte Daseinsgrundlage auf Grund der sozialisierten Eigentumsverhältnisse gegen jeden Zugriff, seien sie von links oder rechts, zu wahren. Die Stalinbürokratie, ein Teil des russischen Proletariats, die privilegierte Oberschichte, die Arbeiteraristokratie-Bürokratie entfernte sich Kraft ihrer entscheidenden Rolle als wirtschaftlicher, politischer sowie administrativer Faktor von den allumfassenden, gemeinsamen Interessen des gesamten Proletariats. Sie entfernt sich auch gegenwärtig immer mehr und mehr, durch das Vertreten ihrer Interessen, von den Interessen des Weltproletariats.

Entfernt sich die Stalinbürokratie entschiedenst von den Interessen des Proletariats, so doch nicht so weit, daß sie den Klassencharakter der S.U. veränderte, der die Grundlage ihres privilegierten Daseins darstellt. Wohl schwächt sie die Klassenatur der S.U. Wohl treibt sie durch ihre Maßnahmen immer mehr und mehr die Konterrevolution in den Vordergrund. Und dennoch ist sie bestrebt mit allen Mitteln, ihre Position zwischen den beiden Klassenkräften, die der Arbeiterklasse und die der Kapitalistenklasse zu behaupten.

Liegt die Grundlage der stalinschen Politik innerhalb der S.U. auf der Behauptung ihrer Position zwischen den beiden Klassenkräften, einer Politik die jeder revolutionären Grundlage entbehrt, wie kann ihre äußere Politik anders sein, als diesen Grundsatz entsprechend? Die Politik der Stalinbürokratie ist nach innen wie nach außen ihren Interessen entsprechend ausgerichtet, die den revolutionären Interessen des Proletariats widersprechen. Sie zerschlägt immer jedes revolutionäre Regen und bedient sich immer entscheidender, um ihre Macht behaupten zu können, konterrevolutionärer Mittel. Wie kann sie da nach außen hin revolutionär handeln? Die Stalinbürokratie hat den Boden des revolutionären Handelns voll und ganz verlassen. Dieser Grundsatz wurde von der IV. Internationale zur Gänze anerkannt, nicht nur durch die Propagierung der IV. Internationale sondern auch durch die Festlegung, daß sich die Unfähigkeit der Stalinbürokratie, einen wahrhaft revolutionären Krieg führen zu können, offenbart hat.

Der Krieg ist die Fortsetzung der Politik mit andern Mitteln. War die Politik der Stalinbürokratie während der vorhergegangenen "friedlichen" Epoche revolutionär? Wir glauben kaum, daß die P.I. den Mut besitzen eine derartige Behauptung aufzustellen. Die Politik der Stalinbürokratie ist, ihre Position zwischen den beiden Klassenkräften die sie bedrohen zu sichern, zu behaupten. Dies kennzeichnet sich durch ihren Doppelcharakter wo sie einerseits bestrebt ist, daß zu verteidigen was ihre soziale Grundlage darstellt, gegenüber den Zugriffen der inneren wie äußeren Kapitali-

sten, andererseits das zu verteidigen, was ihre privilegierte, gehobene Stellung gegenüber dem gesamten Proletariat darstellt, gegenüber dem inneren wie äußeren Proletariat. Sie ist daher aus ihren Interessen heraus gezwungen, von der einzigen, dauernden Sicherung der S.U., des sozialisierten Eigentums durch eine internationale Politik zu einer rein nationalen, russisch-nationalen Überzugehen. Internationale Politik, das vorwärtstreiben der internationalen Revolution würde den Tod der Stalinbürokratie bedeuten. Ihre Kriege sind die Fortsetzung ihrer nationalen Politik und kennzeichnen sich durch diesen Doppelcharakter.

Handeln die staatlichen Organe der S.U. anders als im Interesse der Stalinbürokratie? Die Antwort geben wir durch ein Zitat aus dem "Vorbote". Wirkliche Sicherung des proletarischen Staates wäre es natürlich, wenn im Baltikum usw. die proletarische Revolution vorwärts schreiten würde. Das zu verwirklichen ist die verräterische Bürokratie außerstande. Sie muß diese Fage auf kleinbürgerliche Weise lösen. Aber die Tatsachen die sie in Weißrussland, in der Ukraine setzt, sind für uns eine wichtige Lehre. Gerade im Hinblick auf die rasch kommenden Entscheidungen über das Schicksal der S.U. Diese Tatsachen lehren uns, daß trotz der schweren Entartung die Klassengrundlage der S.U. immer noch genügend genügend stark ist, der Bürokratie die Revolution, von oben zu erlauben. Freilich, es ist die bürokratische Karrikatur der Revolution, bürokratisch-administrativ-polizeilich ihre Maßnahmen." (Vorbote, Okt. 1939 Seite 2)

Also, die wirkliche Sicherung der S.U. die proletarische Revolution vorwärts treiben ist die Stalinbürokratie unfähig. Ihre Maßnahmen sind kleinbürgerlich, die "bürokratische Karrikatur der Revolution, bürokratisch-administrativ-polizeilich". Durch welche Kraft wird es jedoch der Stalinbürokratie gelingen, diese Karrikatur der Revolution auf kleinbürgerliche Art zu lösen? Sie bediente sich einer der entscheidendsten Organe des proletarischen Staates, der roten Armee. Dies können doch die P.I. keineswegs leugnen. Genau gesprochen bediente sie sich der S.U. oder wenn die P.I. auch so wollen, der Herrschaftsorganisation des russischen Proletariats, die sie zu einem Instrument ihrer Interessen ummodelte zur Verwirklichung ihrer "bürokratischen-administrativen-polizeilichen Karrikatur der Revolution." Wenn dem nicht so wäre, wenn die S.U. im Gegensatz ihrer Führung revolutionär handeln könnte, warum vollbrachten die exekutiven Organe nicht das Wunder, das zu vollbringen die Stalinbürokratie außerstande ist und war?

Die Stalinbürokratie betreibt reine nationale Politik. Nationale Politik jedoch ist dem Sozialismus wesensfremd, vollkommen entgegengesetzt. Nationale Politik ist ausschließlich darauf bedacht, die nationalen Grenzen nach militärischen Rücksichten zu gestalten, um die Nation vom Zugriff aller Art zu sichern. Nationale Politik, sowie die daraus entstehende "bessere strategische Position" zur Verteidigung der Nation haben sich in der Geschichte immer als unzulänglich erwiesen, haben bewiesen, daß militärische Verbesserungen der Grenzen die Nation nicht schützen jedoch wesentliche Ursachen neuer Kriege sind. Die P.I. dürften jedoch anderer Meinung sein, wenn sie schreibt: "Die Kauferei unter den Großmächten ausnützend hat die S.U. hier ihre strategische Lage bedeutend verbessert gegen jeden möglichen imperialistischen Angriff." (Vorbote, Okt. 1939).

Also wohl gemerkt, die P.I. sind der Auffassung, daß sich die strategische Position der S.U., durch das Festlegen der Grenzen aus militärischen Gründen, gegen jeden imp. bedeutend verbesserte. Dies bedeutet, daß die P.I. der Auffassung sind, die S.U. könne durch nationale Politik wirksam verteidigt werden. Solche Auffassungen sind dem Marx-Leninismus vollkommen entgegengesetzt.

Der Kampfband hat vollkommen recht wenn er erklärt, daß die Stalinbürokratie die S.U. für konterrevolutionäre Zwecke mißbraucht. Nur er kennt er dies reichlich spät und erst durch das deutsch-russische Bündnis. Während unsere Festlegungen dahin gehen, daß dies die konsequente Fortsetzung der stalinischen Politik von Beginn ihres Verrats bis heute darstellt. Die letzten Ereignisse zeigen dies nur deutlicher, genauer, grundlegender, wie weit sich die Stalinbürokratie von revolutionären Linie entfernt hat und die S.U. für ihre kleinbürgerlichen Interessen mißbraucht.

Wenn wir sagen die Kriege der S.U. drücken sich in der Fortsetzung der stalinischen Politik aus, durch die doppelten Rolle dieser, so sagen wir das die Kriege der S.U. doppelten Charakter haben. 1. Soweit der Krieg gegen die Zugriffe der Imperialisten gerichtet ist trägt er progressiven, gerechten Charakter. 2. Soweit in diesen Kriegen revolutionäre Grundsätze mit Füßen getreten werden und gegen die revolutionären Prinzipien des Proletariats verstossen wird, wie gegen das Selbstbestimmungs-

recht der Völker usw., werden diesem Krieg weitgehendst konterrevolutionäre Handlungen hineingetragen.

Diesem Erkenntnis liegt unbedingt folgendes Verhalten des russischen Proletariats besonders, sowie dem internationalen Proletariats zu Grunde.

Das russische Proletariat muß mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mittel trachten, die Kontrolle über die Stalinbürokratie zu erlangen, daß würde praktisch bedeuten: sturz der Stalinbürokratie, die Grundlage der prol. Demokratie wiederherzustellen ungeachtet der militärischen Lage der S.U. Es darf sich auf keinem Fall der Führung der Stalinbürokratie, wo es die Kraft hätte diese zu sprengen freiwillig unterordnen und damit der Stalinbürokratie die Mittel auszuliefern die es ihr ermöglichen ihre konterrevolutionären Ziele zu verwirklichen. Das russische Proletariat ist jedoch verpflichtet an der Verteidigung der S.U. Anteil zu nehmen, doch jeder reaktionären Bestrebung der Stalinbürokratie mit den revolutionären Mitteln der Propaganda, Agitation, Kritik usw. entgegenzutreten, selbst dann, wenn es noch nicht die unmittelbare Kraft zur Herstellung der revolutionären demokratischen Diktatur des Proletariats besitzen sollte.

VII.

Der K.B. ist gegen die stalinistischen Annexionen. Auch wir sind gegen die stalinschen Annexionen, jedoch keineswegs in dieser Form wie der K.B. Die Genossen der P.I. werden jetzt, wir hoffen zumindest, ihre wörtlich an uns gerichtete Frage schriftlich wiederholen: "Wie stellt ihr fest, daß es sich um Annexionen in Polen, Finnland handelt?" Diese Frage kann man nur ernstlich stellen, wenn man den Boden des Marxismus verlassen hat. Wir haben schon dazuf hingewiesen, daß der Sozialismus undurchführbar, unverwirklichter ist, ohne der Realisierung der weitgehenden, vollkommensten Demokratie. Wir haben festgelegt, daß auf der Grundlage dieser weitgehendsten Demokratie die Herrschaft der Stalinbürokratie ausgeschlossen ist. Die Stalinbürokratie hat diese Demokratie zerschlagen, sie geht und kann nicht übergehen zur Verwirklichung des Sozialismus. Hat sie die Demokratie zerschlagen, wie kann man da nur einen Augenblick daran denken daß sie das für sie tödliche Mittel auf der andern Seite einführt, indem sie das Recht auf Selbstbestimmung anerkennt? Oder glauben die P.I. nur einen Augenblick daran, daß die Teile Polens, Finnlands und das Baltikum auf Grund ihres freien Entschlusses, auf Grund ihres Willens und Sympatie sich der S.U. angeschlossen haben? Wenn dem so wäre, warum sprechen sie dann "von der bürokratischen Karrikatur der Revolution von oben"? Oder warum sprechen die Genossen der P.I. "Bewäre ein Verbrechen, angesichts der polnischen, baltischen Aktion usw. den Verrat der Stalinbürokratie zu übersehen oder zu verkleinern versuchen, den sie gerade auch in diese Aktion hinein trug und hinein trägt. Das kynische Preisgeben des Selbstbestimmungsrechtes des polnischen Volkes, dessen die Stalinbürokratie nicht einmal in Worten erinnert..." (Vorbote, Okt. 1939)

Wenn wir recht verstehen liegt nach Auffassung der P.I. der Verrat der Stalinbürokratie in der polnischen, baltischen Aktion, in der kynischen Preisgabe des Selbstbestimmungsrechtes. Preisgabe des Selbstbestimmungsrechtes heißt jedoch Annexionierung oder Durchführung einer Annexion. Wenn dies die Auffassung der P.I. wäre, ist dagegen nichts einzuwenden. Sie müßte auf Grund dieser Feststellung, gegen die stalinschen Annexionen und somit für das Recht der Selbstbestimmung dieser Völker, bis zur letzten Konsequenz eintreten.

Warum argumentieren sie jedoch gegen die K.B. Entdeckungen folgendermaßen? "Die Kriegstaktiker haben nun glücklich den stalinschen Imperialismus entdeckt, der annektiert hat Finnland(?) Ostpolen, Baltikum. Gegen diesen stalinschen Imperialismus hätten die finnischen polnischen usw. Arbeiter auch mit der Waffe kämpfen müssen, selbst wenn dies zu einer Niederlage der roten Armee geführt hätte. Diese werde von der Stalinbürokratie zu konterrevolutionäre Zwecke mißbraucht, indem sie andere Nationen unterdrückt, das Prinzip der freien Selbstbestimmung srechtes der Völker verletzt.

Die Krönung dieses ganzen Unsinn leistet sich dann Zx, indem er von der gewaltsamen Unterdrückung der finnischen, polnischen Volksmassen auch durch einen gesunden proletarischen Staat spricht." (Vorposte, Mai 1940)

In der Argumentation des K.B. ist viel Unsinn enthalten. Was uns jedoch momentan interessiert ist, ob es ein Unsinn des K.B. ist, von Annexionen durch die S.U., die für konterrevolutionäre Zwecke von der Stalinbürokratie mißbraucht wird zu sprechen. Wir erklären nein! Dassel

be haben auch die P.I. im Oktober 1939 wenn auch etwas verschämt behauptet. Warum die ganze Argumentation des K.P. als Unsinn zu bezeichnen, wenn man vor Monaten einen bestimmten Teil, - was die Annexionen betrifft - selbst vertrat? Es ist ein vollkommener Unsinn, wir haben es bewiesen, vom "stalinischen Imperialismus" zu sprechen. Es ist ein Unsinn, dass die finnischen, polnischen Arbeiter usw. in der kapitalistisch, imperialistischen Armee hätten kämpfen sollen. Aber hier treffen sich doch grundlegend die Auffassung des K.B. mit der der P.I. Dies haben wir im Abschnitt IV bewiesen.

Weiters, die P.I. haben Recht wenn sie behaupten, von Annexionen eines gesunden proletarischen Staates zu sprechen sei Unsinn. Dies zeigt wie leichtfertig der K.B. politische Fragen behandelt, dies sind wir von ihm schon gewöhnt. Hätten die Genossen des K.B. nur einen Augenblick nachgedacht, über ihre eigenen Argumente in denen sie die Selbstbestimmungsfrage als eine prinzipielle Frage anerkennen, wie wäre es dann noch möglich von Annexionen eines gesunden proletarischen Staates zu sprechen? Ein gesunder proletarischer Staat hat die Voraussetzung, dass er fest auf den revolutionären Prinzipien steht, auf der Grundlage der revolutionären Prinzipien geführt wird. Der entartete proletarische Staat drückt sich durch das Gegenteil aus. Im Übrigen hat der K.B. bis zu seiner neuesten Entdeckung von den proletarischen revolutionären Kriegen der S.U. gesprochen und seine wohl überdriehene Enttäuschung erlebt,

Haben die P.I. einmal mit ihrer ekkläktischen Argumentation begonnen, versuchen sie auch uns zu widerlegen. Zu diesem Zwecke werden die Genossen der "Internationalisten" vorgeschoben, die in zwei Jahren harten Ringens, endlich darauf gekommen sind, den K.B. die Mauer zu seiner "kombinierten Kriegstaktik" gemacht zu haben. Sie wollen beweisen warum sie sich nicht mit der "Linksfraktion des Kampfbundes" vereinigen können und schreiben: "So die Auffassung der "Linksopposition des K.B." über den proletarischen Staat. Diese Genossen kennen den proletarischen Staat nur mit Worten als proletarischen Staate an. Dies geht so weit, dass sie die Kriege die Russland in Polen und Finnland führte, als Annexionskriege bezeichneten. Hier trifft sich die ultralinke Auffassung dieser Genossen mit der des K.B., denn auch jene sagen: Ostpolen und Finnland sind imperialistische Annexionen des stalinischen Imperialismus usw."

Haben diese Genossen vergessen, dass die P.I. im Oktober 1939 auf den Standpunkt standen, dass die verräterische Rolle der Stalinbürokratie in der polnischen Aktion usw., das zynische Preisgeben des Selbstbestimmungsrechtes des polnischen Volkes war? Wenn ihr wollt Genossen, so können wir ruhig formulieren: Der Krieg der S.U. gegen Polen, Finnland usw. war Eroberungskrieg zur Verteidigung der S.U., der stalinischen entarteten S.U.. Ein Eroberungskrieg, um die "strategische Lage bedeutend zu verbessern gegen jeden möglichen imperialistischen Zugriff", d.h. um die Grenzen aus militärischen Rücksichten festzulegen. Wir bleiben konsequent. Annexionen sind Eroberungen denen verschiedene Ursachen zu Grunde liegen. Oder glauben die Genossen, wir haben umsonst Marx, Engels zitiert, deren Standpunkt in dieser Frage veröffentlicht? Die Unterschiebung des "Stalinischen Imperialismus" und sonstigen K.B. - Unsinn können sie sich ruhig schenken, viel wichtiger wäre es, über diese Frage nachzudenken und sich erst dann festzulegen.

Wenn wir für das Selbstbestimmungsrecht eintreten und die bis zur letzten Konsequenz, d.h. bis zu dem Recht der Lostrennung, so heißt dies gegen jede Annexion zu sein, welcher Ursache sie auch entspringen mag. Wir haben bereits hingewiesen, dass der Sozialismus undurchführbar, unrealisierbar ist, ohne der Verwirklichung der vollkommensten Demokratie, ohne der freiesten Selbstbestimmung der Völker, das ein wesentlicher Teil der vollkommensten Demokratie ist.

Für den Sozialismus einzutreten, ohne für die vollkommenste Demokratie einzutreten, heißt den Sozialismus zu verraten, heißt in Worten für, in der Tat gegen den Sozialismus zu sein.

Die P.I. scheinen jedoch nicht der Auffassung zu sein, dass wir gegen jede Annexionen, auch Annexionen die aus militärischen - Verteidigungsgründen - entspringen, ankämpfen müssen. Die P.I. dürften die Marx - Engels Einstellung zu dieser Frage nicht anerkennen, wenn sie schreiben: "Die Rauferei unter den Grossmächten ausnützen hat die S.U. hier (Polen, Baltikum usw. der Verf.) die strategische Lage bedeutend verbessert, gegen jeden möglichen imperialistischen Angriff ... - und weiter festlegen - ... darin liegt der progressive Charakter dieser letzten Aktionen der S.U.; beschlossen. Nicht der Stalinbürokratie verdanken wir ihm, nein, einzig und allein den immer noch proletarischen Klassencharakter der S.U.". (Vorbote Oktober 1939).

Das ist ein Musterbeispiel revolutionäre Prinzipien zu karrikieren. Sie erheben "die militärisch verbesserte Lage der S.U." über die revolutionären Prinzipien. Und dieser "progressive" Charakter liegt in der S.U. beschlossen. Diese Genossen werden sich sicherlich darüber mokieren, dass wir sie als Dualisten und Fetischisten bezeichnen. Wir hoffen jedoch, dass sie versuchen unsere Meinung und Argumentation im Bezug dieser Frage zu widerlegen; 1. Ist die militärische Position der S.U. primärer als die Prinzipien des Sozialismus? 2. Wie lösen sie den Widerspruch des progressiven Charakters der Aktionen der S.U. und den reaktionären Charakter der Führung die in zynischer Weise das Selbstbestimmungsrecht der Völker preisgibt? 3. Wie stellen sie den proletarischen Klassencharakter der S.U. fest; auf welcher Grundlage, mit welcher Methode?

Wenn wir für das Recht der Selbstbestimmung bis zu dem Recht der vollkommenen Lostrennung der unterdrückten Völker von der Unterdrücker-Nation eintreten, heißt dies, die Lostrennung unter allen Umständen den Unterdrückten zu empfehlen? Auf keine Fall. "Wir standen, stehen und werden immer auf dem Standpunkt der engsten Annäherung und Verschmelzung der Klassenbewussten Arbeiter der fortgeschrittenen Länder mit den Arbeitern, Bauern und Sklaven aller unterdrückten Länder stehen. Wir haben immer geraten und werden immer allen unterdrückten Klassen in allen unterdrückten Ländern, darunter auch in den Kolonien raten, sich nicht von uns loszutrennen, sondern sich uns möglichst eng anzuschließen und sich mit uns zu verschmelzen." (Lenin) Jedoch ohne der Verkündung, Formulierung und Verwirklichung des Rechtes der Selbstbestimmung kann es kein freiwilliges Annähern und Verschmelzen der Nationen geben.

Die polnischen, ukrainischen, finnischen Arbeiter usw. sind vom Standpunkt des Internationalismus keineswegs verpflichtet für die Lostrennung unbedingt einzutreten. Sie bleiben Internationalisten wenn sie auch dagegen, z.B. bei einem Plebiszit usw. dagegen eintreten. Sie hätten ihre Pflicht nur dann - wohlgerne nur dann - als Revolutionäre verletzt, wenn sie sich auf die Seite der Unterdrücker-Nation stellen, sich gegen das demokratische Recht der Lostrennung aussprechen, oder wenn sie auf die nationalen, chauvinistischen Lösungen der jederzeitig, unter allen Umständen, mit allen Mitteln, durchzuführende Lostrennung übergehen.

Ein Arbeiter, in diesem Falle ein russischer, oder ein sonstiger Revolutionär bleibt dem Sozialismus treu, wenn er den unterdrückten Nationen raten würde, gegen die Lostrennung zu sein. Aber der russische Arbeiter oder sonstige "Revolutionär" der gleich der Stalinbürokratie ihnen das Recht abstreitet diese Frage selbst zu entscheiden, ohne den Unterdrücker unabhängig von ihrem Willen, steht auf der Grundlage des Stalinismus, ist gegen den Sozialismus und könnte keine Platz innerhalb der 4. Internationale haben.

VIII

Die P.I. argumentieren gegen den K.B. weiter ohne seine Argumente zu analysieren, ohne seine Konfusion zu zerschlagen. Genau sowenig haben sie gefunden, dass der K.B. mit seiner neuesten Einstellung seine gesamte "Kriegstaktik" selbst widerlegt hat und daher vollkommen politisch in der Luft hängt. Wenn man argumentiert und zwar gegen theoretische Verwirrungen, dann muss man den theoretischen Verwirrungen, die erprobte, bewiesene, richtige Theorie entgegenstellen und nicht zuletzt allgemeine höchstens agitatorische Argumente. So dies Argument der P.I.: "Dann wärst er sich in die Brust und schreibt - wir proletarischen Revolutionäre sind gegen die stalinschen Annexionen, unterstützen aber das, was daran proletarisch ist. (in Ostpolen z.B. die druckgeführten Enteignungen).

Er (der Artikelschreiber der A.M. der Verf.) bleibt nur zu erklären schuldig, wie er die proletarischen Ergebnisse der stalinschen Annexionen unterstützen will, wenn er vorher für den Kampf der polnischen Arbeiter mit den Waffen gegen die rote Armee ist. Ja das verstehen... wir nicht; dazu muss man eben ein Taktiker sein, der z.B. in Finnland Seite an Seite mit den italienischen, faschistischen Offizieren gegen die rote Armee zu kämpfen die Arbeiter auffordert". (Vorposten Mai 1940)

Die Argumentation des K.B. im allgemeinen ist natürlich voll und ganz konfus. Löst man die allgemeine konfuse Argumentation des K.B. und geht auf ein besonderes Argument ein, wie dies; " wir unterstützen an den stalinschen Annexionen dies was proletarisch ist " so hätte der P.I. auffallen müssen, dass dies nicht nur nicht sinnlos, sondern richtig ist.

Die Enteignungen des Grund und Bodens, der Produktionsmittel, so weit dies tatsächlich geschah, ist soweit wir uns auf ihre ökonomische Seite beschränken, eine Tat die im Sinne des Sozialismus ist. Betrachten

wir jedoch die politische Seite so kommen wir um die Frage der Annexion nicht herum., und diese ist dem Sozialismus entgegengesetzt. Werden wir, wenn sich die Selbstständigkeit durch die Wiederherstellung der Demokratie in der S.U., dieser Gebiete realisieren sollte, für die Wiederherstellung des Privateigentums sein? Auf keinem Fall. Wir werden in diesen Gebieten, für die sozialistische Demokratie eintreten und diese aufbauen auf Grund der von der Stalinbürokratie vollzogenen "Sozialisierungsmaßnahmen". Man kann daher gegen die Annexionen dieser Gebiete, jedoch für die Enteignungen sein, soweit sie die Grundlage des Anknüpfungspunktes einer tatsächlichen sozialistischen Gesellschaft darstellen. Wir sind für die Konzentration der Produktionsmittel, weil dies die Grundlage des Sozialismus, selbst unter kapitalistischen Verhältnissen, vorbereitet. Wir sind für demokratische Konzentration, gegen die Gewaltmaßnahmen der Monopolkapitalistischen Konzentration. Heißt dies jedoch, dass wir die durch den Monopolkapitalisten gewaltsam hergestellte Konzentration, rückgängig machen, wenn wir die Macht übernehmen und zum Kleinbetrieb zurückgehen? Man muss eben unterscheiden können, zwischen einer ökonomischen und politischen Frage. Über Annexionen reden, heißt eine politische, nur politische Frage behandeln. Man kann die politische Frage ablehnen, dagegen ankämpfen, die ökonomische jedoch tollerieren.

Soähnlich ist es mit den italienischen faschistischen Offizieren. Es wäre viel genauer und präziser gewesen, hätten die P.I. dem K.B. seinen bewaffneten Kampf der finnischen und polnischen Arbeiter innerhalb der imperialistischen Armee bewiesen. Sie greifen, um dieser präzisen Argumentation auszuweichen, zu einem billigen, unter gewissen Umständen theoretisch falschen Argument. Wir lehnen keineswegs die Möglichkeit, einer um ihre Freiheit kämpfenden unterdrückten Nation, oder selbst eines prolet. Staates gegen imperialistische Staaten ab, Seite an Seite selbst mit faschistischen Offizieren zu kämpfen. Wäre dies der Fall, so wären die geschichtlichen Beweise solcher Kämpfe falsch. So haben Amerikaner gegen den englischen Imperialismus für ihre nationale Freiheit, sowie die russischen Arbeiter an Seite französischer imperialistischer Offiziere für ihre Freiheit gekämpft.

Anstatt diesem Argument, hätten die P.I. ein weit besseres, genaueres Argument entgegen setzen können, eines das beweisen würde, daß sich der K.B. in seiner "Kriegstaktik" selbst widerlegt hat. In der Jännernummer 1938 der "Arbeitermacht" versucht der K.B. die gebundene sowie ungebundene Aktionen der Arbeiterklasse in Bezug ihres Kampfes gegen die eigene Bourgeoisie zu beweisen. Dieser Artikel war so "Fabelhaft" verfasst, daß selbst die Genossen der heutigen P.I. diesem Artikel zum Opfer fielen, und vorübergehend auf dem Standpunkt der "kobnierten Kriegstaktik" standen. Der Artikel versuchte hauptsächlich zu beweisen, daß die "ultralinken" am Holzwege sind, wenn sie behaupten, daß ein bewußter Kampf der Arbeiterklasse mit der Waffe in der imperialistischen Armee ein Bündnis mit dem Klassenfeind wäre. Das es eine ungebundene Aktion sei, wenn die Arbeiterklasse bewußt an der imperialistischen Front, jedoch nicht für imperialistische Ziele, sondern für revolutionäre Ziele wie Verteidigung der S.U. kämpfe. Zugleich kämpfen sie gegen ihre eigene Bourgeoisie und somit besitze die Arbeiterklasse ihre vollkommene Handlungsfreiheit. Wir waren trotz unserer tiefgehenden Argumentation nicht imstande diese Konfusion des K.B. zu zerstören. Erhält an diesem Argument bis heute fest, ja er gebraucht es sogar in seinen neuesten Entdeckungen, indem er erklärt, "die polnischen, finnischen Arbeiter hätten mit allen Mitteln, auch mit der Waffe, gegen die Annexionen des stalinischen Imperialismus kämpfen müssen...."

Die polnischen, finnischen Arbeiter, hätten in den imperialistischen Armeen gegen den stalinischen Imperialismus kämpfen müssen. zur Verwirklichung ihrer imperialistischen Ziele? Nein, im Interesse des Selbstbestimmungsrechtes. Das ist sicherlich ein Musterbeispiel einer kapitalistischen "ungebundenen Aktion". In der selben Zeitung, nicht ganz eine Seite später lesen wir jedoch: "Obwohl die Rote Armee ein Teil des proletarischen Staates also proletarisch ist, kann sie mißbraucht werden, da sie von der verräterischen Stalinbürokratie geführt wird, die immer offener die Konterrevolution unterstützt. Nicht jede Aktion, nicht jedes Handeln der roten Armee ist revolutionär.... Das die rote Armee nur proletarisch, nur revolutionär Handeln kann ist doktrinär, sie kann auch gegen ihre eigenen Interessen mißbraucht werden...." (A.M. Mai 1940, Seite 6)

Aber, aber Genossen des K.B. ihr schmeißt doch mit dieser Feststellung eure seit zwei Jahren so mühselig zusammengekratzte "Kriegstaktik" über den Haufen. Wo bleibt die ungebundene Aktion der roten Armee? Oder sind ungebundene Aktionen der Arbeiterklasse nur möglich in den imperialisti-
+widern

stischen Armeen Frankreichs, Englands, Finnlands, Polens usw.? Warum wird die rote Armee für konterrevolutionäre Zwecke mißbraucht, wenn ungebundene Aktionen im Sinne eurer "Kriegstaktik" vewirklichbar sind? Die Ereignisse haben bewiesen, daß ungebundene Aktionen im Sinne eurer Kriegstaktik" in das Reich nobelhafter Vorstellungen vollkommen konfuser Menschen gehört. Oder wollt ihr jetzt sagen, das die Voraussetzungen einer ungebundenen aktioninnerhalb der roten Armee nicht vorhanden waren? Nehmen wir an sie wären vorhanden gewesen. Die rote Armee hätte sich den konterrevolutionären Zielen der Stalinbürokratie widersetzt, hätte revolutionär gehandelt. Hätte dies nicht unweigerlich zur Auseinandersetzung mit der Stalinbürokratie geführt? Hätte dies nicht enden müssen, entweder mit dem Sieg der revolutionären Kräfte, somit die Verhinderung der Annexionen, oder mit dem Sieg der Stalinbürokratie und Durchführung der Annexion? Indem die rote Armee für die konterrevolutionären Ziele mißbraucht wurde, sie durchführte, unterstützte sie die Ziele der Stalinbürokratie, Was heißt dies in der Sprache der Politik? Und warum werdet ihr in Bezug des "stalinischen Imperialismus" zu konsequenten Defaitisten? Ihr erkennt die Wirksamkeit der Niederlage zur Beseitigung der Stalinbürokratie, was in diesem Sinne vollkommen falsch ist, herbeigeführt durch den revolutionären Kampf des russischen Proletariats. Nein Genossen des K.B., eure Festlegungen in jeder Beziehung enden mit einer hilflosen Konfusion, enden mit einer Katastrophenpolitik, wie sie nicht einmal eine S.P. oder K.P. zuwege bringt.

Es gibt nur einen Ausweg für euch, um nicht voll und ganz für immer das Brandmal eines Verräters, wenn auch unbewußt, zu tragen. Läßt euch nicht für eine Sache mißbrauchen, die wohl der Reaktion aber keineswegs der Befreiung des unterdrückten Proletariates dient. Sagt euch los von dieser Politik des Verrates, sucht den Weg der proletarisch-revolutionären Politik wieder zu finden, ehe es zu spät ist.

Von den Genossen der P.I. erwarten wir, eine Stellungnahme, auf Grund unsern bisherigen Festlegungen. Nicht auf oberflächlicher, verleumderischer, bisher üblicher Basis, sondern durch präzise Gegenüberstellung ihrer theoretischen Grundlagen. Dies würde dem heutigen Stand der revolutionären Bewegung weitgehendst nützlich sein.

P.

o o o o o

Einige Gegenüberstellungen !

In der 1. Nummer des "Vorposten" lesen wir, daß die "Proletarschen-Internationalisten" Vertreter des "kriegerischen Marxismus" sind, daß sie einen "unversöhnlichen Kampf gegen alle Feinde der Weltrevolution, gegen alle Agenten des Feindes die sich im Lager der Arbeiterklasse herumtreiben" führen. Wir wollen allen Arbeitern die Möglichkeit geben, zu prüfen, wie die P.I. diesen Kampf zu führen beabsichtigen.

Sie schreiben: "Wir betreiben Politik, Politik und nochmals Politik. Für uns ist Defaitismus das Verhältnis zweier feindlicher Klassen: wie soll sich die Arbeiterklasse im imperialistischen Krieg zur Bourgeoisie verhalten? Vor dieser Frage tritt alles andere als unwichtig zurück, auch die Frage der militärischen Niederlage des eigenen Landes. (1) Für uns ist Defaitismus nicht Mittel, sondern letzte Konsequenz der revolutionären Politik! (?)"

Weiter unten schreiben sie weiter: "Defaitismus ist Mobilisierung der Massen zum Sturz der Bourgeoisie; Mobilisierung der Massen ist möglich nur durch revolutionäre Politik. Revolutionäre Politik und Defaitismus sind Gleichbedeutend."

Was verstand Lenin unter Defaitismus? In einer Polemik gegen Kolb schreibt er: "Der bis zur Siedehitze gesteigerte innere Kampf ist eben Bürgerkrieg. Kolb hat recht; die Taktik der Linken führt dazu; er hat recht: das führt zu einer, militärischen Schwächung Deutschlands, d.h. das Herbeiwünschen und Fördern seiner Niederlage ist Defaitismus." (Unterstützung und Sperrung v.d. Redaktion.)

Weiter. Gegen Trotzky's Auffassung "weder Sieg noch Niederlage" nimmt er dieselbe Stellung ein.

"Das Übereinkommen über revolutionäre Aktionen selbst in einem Lande, ganz zu schweigen von einer Reihe von Länder, ist nur zu verwirklichen durch die Kraft des Beispiels ernsthafter revolutionärer Aktionen, ihrer Inangriffnahme und ihrer Fortent-

w i c k l u n g . Und eine solche Inangriffnahme ist wiederum unmöglich ohne den Wunsch der Niederlage und ohne der Förderung der Niederlage. Die Umwandlung des imperialistischen Krieges in einen Bürgerkrieg kann nicht gemacht werden, wie man nicht Revolution "machen kann, - sie e r = w ä c h s t aus einer ganzen Reihe vielgestaltiger Erscheinungen, Seiten, Zügen, Eigentümlichkeiten und Folgen des imperialistischen Krieges. Und dieses Erwachsen ist unmöglich ohne einer Reihe militärischer Mißerfolge und Niederlagen derjenigen Regierungen, denen ihre eigenen unterdrückten Klassen Schläge versetzt.

Auf die Losung der Niederlage verzichten, heißt den revolutionären Geist in eine leere Phrase oder bloße Heuchelei ausarten zu lassen."

(Sperrungen v. Verfasser, Unterstreichungen v. d. Redaktion.)

Wir empfehlen allen Arbeitern diese beiden Auffassungen über Defaitismus genauest zu studieren. Abgesehen von dem Unsinn, daß Defaitismus die letzte Konsequenz usw, ist wollen wir ganz besonders auf die Losung der Niederlage hinweisen. Für die P.I. tritt diese Frage als "unwichtig" zurück. Für Lenin, und jeden Revolutionär, ist jener, der auf diese Losung verzichtet ein Heuchler.

XXXX

Druckfehlerberichtigung. In der letzten Nummer von "Gegen den Strom" haben sich folgende Fehler eingeschlichen, die wir hiemit berrichtigen wollen:

Auf Seite 4 1. Absatz 19. Zeile soll es richtig heißen: ...daß der Stalinbürokratie kein Mittel zu schlecht ist..

Auf Seite 6 2. Absatz 7. Zeile: Klasseninteressen,

Auf Seite 7 3. Absatz: Solange es Imperialismus gibt wird es Staaten gebendie den prol. Staat bedrohen,

Auf Seite 9 4. Absatz 6. Zeile: Verhalten